

Kann das Militärbudget noch reduziert werden?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **15 (1949)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-363313>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Stellen der Erdoberfläche gewonnenen Angaben über Radioaktivität, Erderschütterung und Luftdruckveränderung lassen sich ziemlich genaue Schlüsse auf Grösse, Art und Materialzusammensetzung des Sprengkörpers ziehen. Die Amerikaner wollen ja nicht nur wissen, ob Russland die Atombombe hat, sondern auch was für eine Atombombe.

Uranium, Plutonium, Wasserstoff oder ...?

Die Frage nach der Art der russischen Atombombe ist wichtiger als der Laie ahnt. Im Gegensatz zu weit verbreiteten Auffassungen gibt es nämlich weder «das» Atomgeheimnis noch «die» Atombombe. Das Prinzip der Atombombe kennt heute jeder Atomphysiker der Welt, und nur die Einzelheiten des komplizierten Verfahrens sind noch mehr oder weniger geheim. Dieses Prinzip kann in ganz verschiedener Weise praktisch in der Form einer Bombe nutzbar gemacht werden, und die amerikanischen amtlichen Berichte sprechen deshalb auch immer von «atomic weapons», von Atomwaffen. Es gibt auch schon mehrere Arten von Bomben, bei denen verschiedene chemische Elemente der Atomspaltung unterworfen werden. Die Amerikaner bauen zum Beispiel sowohl die Uranium-, wie auch die Plutonium-Bombe. Es ist aber theoretisch möglich, auch Thorium oder Protactinium als Ausgangsmaterial zu nehmen. Ja, es müssen nicht einmal unbedingt die schweren Elemente sein. Auch eine Isotope des Wasserstoffatoms ist zur Spaltung geeignet, und da die Russen sich die Erfahrung deutscher Forscher zunutze gemacht haben und gerade Deutschland mit den «schweren Wasser» führend experimentierte, darf man die Möglichkeit nicht ausser acht lassen, dass die Sowjets andere Elemente als die Amerikaner für ihre Bombe verwendet haben. Wenn es aber eine Uraniumbombe war, die die Sowjets auslösten, bleibt die Frage offen, auf welche Weise sie zu dem spaltbaren Uranium kamen. Aus dem natürlichen Uranium — U-235 — muss nämlich erst die andere Isotope des Metalls, das «explosive» Uranium mit dem Atomgewicht 238 herausgelöst werden. Die Amerikaner kennen hierfür zwei Verfahren, das elektromagnetische und ein zweites, bei dem Uraniumhexafluorid durch Hitze in Gas verwandelt und daraus dann das Uranium 238 durch Diffusion gewonnen wird. Beide Verfahren erfordern rie-

sige Industrieanlagen, und bei beiden sind ausserordentlich zahlreiche technische Probleme zu lösen. Welches der beiden Verfahren wenden die Russen an? Oder kennen sie ein drittes?

Das Problem der «Entzündung»

Andere Fragen bewegen sich um die Konstruktion der Bombe selbst. Wie bekannt ist, müssen zur Explosion der Bombe zwei gleiche Massen des spaltbaren Materials in grosser Geschwindigkeit aufeinanderprallen, damit die Kettenreaktion ausgelöst wird. Jede dieser Massen darf nicht kleiner sein als die «kritische Menge». Das sind wahrscheinlich etwa zwölf Kilogramm. Diese Tatsache zeigt, dass es unmöglich ist, mit «kleinen» Bomben unauffällige Experimente durchzuführen; bei zu kleinen Massen kommt es gar nicht zu einer Kettenreaktion. Das Problem der Auslösung besteht nun darin, dass sich die beiden Massen mit ungeheurer Geschwindigkeit nähern müssen. Der Vorgang darf nur Millionstel einer Sekunde dauern, und es ist schwer, geeignete Sprengstoffe und Vorrichtungen zu finden, die dieses «Auseinanderprallen» befriedigend bewirken. Haben die Russen dieses Problem gelöst? Wenn nämlich die Annäherungsgeschwindigkeit zu gering ist, dann beginnt die Kettenreaktion zu früh, und die Hitze treibt die Massen wieder auseinander, ehe die Reaktion sich durch das gesamte Material fortsetzen kann. Zwar würde man auch in diesem Falle von einer «Atomexplosion» sprechen können, und es wären radioaktive Wolken feststellbar, aber die Bombe hätte doch nicht die Wirkung, die der Atomwaffe zu ihrem unheimlich-bedrohlichen Ruf verhilft. War die russische Atombombe, deren Explosion angeblich von geringerer Stärke war als die erste amerikanische des Jahres 1945, etwa eine solche halbe «Fehlzündung»?

Man sieht, es sind viele Fragen, die sich aus jener lapidaren Meldung über die erste Atomexplosion in Sowjetrußland ergeben. Und noch tausende Fragen mehr werden die Männer in den Atomlaboratorien Amerikas bewegen, denen die Auswertung der Ergebnisse des «Lauschgürtels» rings um Russland obliegt, und sicher sehen die Amerikaner etwaigen weiteren Versuchsexplosionen in Russland in wachsamer Bereitschaft und mit ebenso grosser Spannung entgegen wie die Sowjets selbst.

Heinz Albrecht.

Zivilverteidigung in der Schweiz und in den Nordischen Staaten

Kann das Militärbudget noch reduziert werden?

In einer von der Schweizerischen Wehrvereinigung einberufenen, von Adj.-Uof. Möckli präsierten und von gut 60 Vertretern der verschiedenen Wehrverbände und Sportorganisationen besuchten Konferenz orientierte am 23. November Bundesrat Kobelt über das Budget des von ihm geleiteten Militärdepartements für das Jahr 1950, wie er dies schon vorher, z. B. vor den kantonalen

Militärdirektoren und vor dem Bundesstädtischen Presseverein getan hatte. Auch die Gewerkschaften sollen, wie an der Konferenz erwähnt wurde, begrüsst werden. Denn die Gestaltung des Militärbudgets ist für das ganze Volk von ausschlaggebender Bedeutung, sei es in bezug auf die Landesverteidigung, sei es in bezug auf die finanzielle Tragweite.

Bundesrat Kobelt erinnerte daran, dass die Sparkommission seinerzeit das Militärbudget auf 300 Millionen reduzieren wollte, was aber eine Unmöglichkeit bedeutete. Für 1947 wurde dann ein Normalbudget aufgestellt, das 400 Millionen umfasste, wobei man damals allerdings noch auf keine sichern Grundlagen abstellen konnte, so dass es überschritten werden musste. Allein Löhne und Preise sind seit 1946 um 8 % gestiegen. Seinerzeit rechnete man auch mit einer längeren Friedensperiode, so dass man auch die Anschaffungen und die Unterbringungsmöglichkeiten glaubte auf eine entsprechend längere Frist verteilen zu können, eine Hoffnung, die sich leider nicht erfüllte. Belastend kamen dann noch die beiden Explosionen der Munitionsmagazine von Dailly und Mitholz hinzu; diese allein bedingen eine Mehrausgabe von 100 Millionen Franken, d. h. den Betrag, der von den Versicherungsgesellschaften nicht gedeckt ist. Die Ausführung der Vorschläge, die von der Expertenkommission gemacht wurden, bedingen weitere 100 Millionen.

Für den Voranschlag von 1950 wurden von den Dienstabteilungen des EMD Begehren im Betrage von 660 Millionen gestellt, wie seinerzeit durch eine Indiskretion in der Presse bekannt wurde. Er basiert nun auf einer Ausgabensumme von rund 466 Millionen, wovon rund 14,5 Millionen durch Entnahme aus Reserven und Verkäufe (Pferde, altes Material, Pulver, Karten) gedeckt werden können, so dass die tatsächlichen Ausgaben rund 451 Millionen Franken betragen. Man hat vom Militärdepartement einen weitem Abbau des Personalbestandes verlangt. Aber das EMD ist hierin den andern Verwaltungen bereits vorangegangen, indem es, als die Unterbringung der Entlassenen in der Privatwirtschaft noch leicht war, 10 000 Personen abbaute. Die Möglichkeit, weitere Entlassungen vorzunehmen, sind gering, und andererseits verlangen neue Aufgaben, wie u. a. die Heeresmotorisierung, auch neues Personal. Bundesrat Kobelt erwähnte ferner, dass heute an die hundert Instruktionsoffiziere fehlen, was für die andern eine physisch und geistig untragbare Belastung bedeutet.

Auf die einzelnen Teile des Budgets eingehend, erläuterte Bundesrat Kobelt, dass beispielsweise bei der Ausbildung der Truppe alle Ausgaben gesetzlich festgelegt oder im Verwaltungsreglement der Armee, das von den eidgenössischen Räten genehmigt wurde, enthalten sind; an den dafür vorgesehenen 114 Millionen kann daher kein Abstrich gemacht werden. 157 Millionen sind für die Materialbeschaffung der KTA ins Budget eingesetzt, inbegriffen die Anlage der Munitionsreserve. Letztere ist unentbehrlich und dringlich, denn während eines Krieges könnte die Munitionsherstellung kaum gesichert werden. Wie schon erwähnt, muss die Frist, die man zuerst auf zehn Jahre glaubte festsetzen zu können, zufolge der anders gewordenen internationalen Verhältnisse verkürzt werden. Allerdings könnte man bei der persönlichen Ausrüstung etwa 2,5 Millionen einsparen, wenn die Anfertigung der Uniformen den Kleiderfabriken anvertraut würde. Dadurch würden jedoch zahlreiche Heimarbeiter arbeitslos, was nicht der Wille des Volkes sein kann. 36 Millionen sind für die An-

schaftung von Flugzeugen vorgesehen. Hier handelt es sich aber nicht um einen neuen Kredit, sondern um die Jahrestanche des 100-Millionenkredites, den die Bundesversammlung bereits früher bewilligt hat. 12 Millionen sind für eigene Forschungen gerechnet; daran ist aber nicht die KTA allein mit ihren Laboratorien beteiligt, sondern sie übergibt vielmehr den grösseren Teil der Aufträge an die Wirtschaft und an die Wissenschaft. Für die Revision der Munitionsbestände ist nur ein geringer Betrag eingesetzt, obgleich diese dringend ist, weil nach dem Aktivdienst der Rückschub aus den Depots in die Magazine nicht immer sehr sorgfältig erfolgte. Auch die Anschaffung neuer Waffen wäre dringlich. Mit Rücksicht auf die gespannte Finanzlage kann dafür jedoch nur ein geringer Betrag eingesetzt werden. *Für das neue Material der Luftschutztruppe*, muss Bundesrat Kobelt mitteilen, *konnte überhaupt kein Betrag erübrigt werden*. Was die Kriegsmaterialverwaltung angeht, so ist das Bauprogramm für die Zeughäuser nahezu erfüllt, leider aber noch bei weitem nicht die unterirdische Lagerung der Munition und die unterirdischen Hangars für die Luftwaffe. Das Festungswachtkorps, das eine dreifache Aufgabe hat, die Bewachung, den Unterhalt und die erste Besatzung bei drohender Kriegsgefahr, ist auf ein absolutes Minimum herabgesetzt worden. Das OKK ist um die Vermehrung der Treibstoffe besorgt. Die «Petrola» ist bereit, mehr Vorräte anzulegen. Für den Friedensbedarf würden ihr oberirdische Tanks genügen; die Armee muss aber unterirdische Lager haben; die nicht so leicht verwundbar sind; die Mehrauslage dafür geht natürlich zu Lasten des Bundes. Die Militärversicherung ist vor einigen Jahren vom Kapitaldeckungsverfahren zum Umlageverfahren übergegangen, so dass der Fonds für die laufenden Ausgaben herangezogen werden konnte, aber er ist nächstens aufgebraucht, so dass in künftigen Budgets wieder der volle Betrag eingesetzt werden muss.

Dürfen wir angesichts der militärpolitischen Lage noch mehr einsparen? Leider ist die Welt keineswegs befriedet. Der politische Krieg ist im vollen Gang. Ueberall wird aufgerüstet. Das Militärbudget der USA war noch nie so hoch wie jetzt. Es ist schwer zu sagen, ob die Gleichgewichtslage noch besteht. Solange diese vorhanden ist, spielt auch unsere an sich kleine Macht eine Rolle. Ist sie gestört, so wird der Stärkere sich darüber hinwegsetzen. Vergessen wir nicht, dass wir mitten im internationalen Spannungsfeld stehen und daher stets bereit sein müssen, uns zu schützen.

Was wären die Konsequenzen weiterer Einsparungen? Der schweizerische Parteitag der Sozialdemokratischen Partei verlangt eine Herabsetzung der Militärausgaben um einen Fünftel, wobei diese proportional alle Dienstzweige beträfe. Der weitere Personalabbau ist unmöglich. Die Reduktion der Kosten der Ausbildung würde die Einberufung von einem Fünftel weniger zu den Rekrutenschulen und den WK bedeuten. Würde sich dies auf mehrere Jahre erstrecken, so würde schliesslich die Armee um einen Fünftel reduziert und der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht preisgegeben. Die proportionale Einsparung ist also ein Ding der Un-

möglichkeit. Die geforderte Einsparung um 100 Millionen aber auf einige wenige Zweige anzuwenden, wäre ebenso unmöglich, wenn man diese nicht überhaupt lahmlegen will.

Entweder will man die Landesverteidigung und dann muss sie recht sein, oder man muss auf sie verzichten. Niemals aber würde das Schweizervolk auf die in der Verfassung niedergelegte allgemeine Wehrpflicht verzichten. Auch die Beschränkung auf das Réduit, die vielleicht einige Einsparungen brächte, ist unmöglich; denn das wäre geradezu eine Einladung, unser Land zu besetzen. Daher werden auch die Budgets der nächsten Jahre die 400-Millionen-Grenze überschreiten müssen. Wir haben jedoch, fügt Bundesrat Kobelt bei, eine Kommission aus Militär- und Zivilpersonen eingesetzt, um das künftige Budget zu prüfen. Im vorliegenden ist, praktisch genommen, *nichts für den Luftschutz der Zivilbevölkerung vorgesehen*, obgleich die Armee auch an diesem interessiert ist.

Die Mittel können, so schliesst der Chef des EMD, aufgebracht werden. Es handelt sich nicht um ein Können, sondern um ein Wollen. Die Schweiz ist vom Krieg

verschont geblieben. Andere, kriegsverwüstete Länder, leisten weit mehr. Die Militärausgaben machen bei uns 2,7 % aus, genau gleich viel wie vor dem Krieg, in England aber 7,8 %.
Lt. Eichenberger.

Nachschrift der Redaktion: Obwohl die Budgetberatungen in den Räten im Zeitpunkt, wo diese Ausführungen zu unsern Lesern gelangen, schon abgeschlossen sind, möchten wir sie dennoch publizieren (der Bericht aus den Ratsverhandlungen kann sich dann kürzer fassen), indem sie Einzelheiten enthalten, die offenbar für die Haltung der Militärbehörden gegenüber Luftschutzfragen charakteristisch sind. Dass man die Landesverteidigung zeitgemäss organisieren zu können glaubt, ohne für den Schutz der Zivilbevölkerung etwas vorzukehren, ist doch unglaublich. Sind denn wirklich auch nur die Kriegserfahrungen in Holland schon derart in Vergessenheit geraten.

Was man gegenwärtig über Varianten, Pläne und Referate von hochstehenden Feldgrauen über die geplante Luftschutztruppe zu Ohren bekommt, drängt fast zum Glauben, man wolle von dieser Seite eine Lösung dieser Frage vorschlagen, die ganz sicher nicht durchdringen kann. Andererseits muss man sich fragen, ob bei der Geisteshaltung und der Unschlüssigkeit, die in diesen Kreisen offenbar herrscht, für den dringend notwendigen Schutz der Zivilbevölkerung etwas geschehen kann, solange sich das EMD damit beschäftigt und die Kredite dem Militärbudget belastet werden müssten.

Zivilverteidigung in Skandinavien

1. Schweden

a) Die Anträge der ZV-Verwaltung für das Budgetjahr 1949/50

Die Zivilverteidigungsverwaltung hat nunmehr ihre Anträge für das nächste Budgetjahr vorgelegt. Der gesamte Mittelbedarf steigt auf 52 924 165 Kronen. Nachstehend wird über die wichtigsten Posten berichtet.

Personalkosten: Der Besoldungsvoranschlag der Zivilverteidigungsverwaltung wurde um ca. 100 000 Kronen auf 893 500 Kronen erhöht. Die Erhöhung ist hauptsächlich durch die Errichtung von fünf neuen Aemtern bedingt. Von diesen sind zwei für das Organisationsbüro (Krankenpflegedienst und statistische Aufgaben), zwei für das technische Büro (allgemeine bautechnische Fragen und Gasschutzdienst) sowie die Abteilung des Reichsbrandinspektors (brandtechnische Probleme) bestimmt. Der Besoldungsvoranschlag für die lokale Administration wurde um 390 000 Kronen auf 2 660 000 Kronen erhöht. Seit dem 1. Juli 1949 besteht eine neue Organisation, über deren Auswirkungen noch keine Erfahrungen vorliegen. Die Verwaltung schlägt deshalb keine durchgreifenden Aenderungen, jedoch eine Umwandlung der Extradienste in nicht-gewöhnliche Dienste vor. Damit müssen erhöhte Mittel für Aushilfspersonal bewilligt werden.

Für Ausbildung und Uebung wird in der Hauptsache derselbe Mittelbedarf wie für das laufende Budgetjahr (ca. 2 300 000 Kronen) berechnet. Ob der Betrag für die zentrale und lokale Ausbildung vollständig ausge-

nützt werden wird, hängt von den Möglichkeiten der lokalen Zivilverteidigungsbehörden ab, das vorliegende Ausbildungsprogramm durchzuführen. Gemäss diesem Programm sollen — das Werkschutzpersonal eingerechnet — 240 000 Personen im nächsten Budgetjahr ausgebildet werden. Hinzu kommt die Ausbildung einer Jahresklasse von ca. 22 000 18jährigen Frauen. Die Möglichkeiten, dieses Programm durchzuführen, hängen von den Verfügungsmöglichkeiten über gute Instruktoressen und den erforderlichen technischen Hilfsmitteln ab. Es sollen Massnahmen zur Behebung der in dieser Hinsicht noch bestehenden Mängel getroffen werden. Hiezu hat die Verwaltung besondere Sachverständige zur Prüfung der Ausbildungsziele und der Ausbildungsmethoden in der Zivilverteidigung einberufen.

Beiträge an freiwillige Organisationen: Diese sollen um 31 500 Kronen auf 316 500 Kronen erhöht werden. Die Erhöhung sieht die Erweiterung der Tätigkeit des Reichsluftschutzvereins zwecks Aufklärung und Propaganda sowie zur Durchführung von Kursen für Gymnastik- und Volksschullehrer vor. Die Verwaltung bemerkt dazu, dass die Erzielung günstiger Resultate für die Zivilverteidigung in grossem Ausmass von dem durch die Aufklärungs- und Propagandatätigkeit geförderten Verständnis und Wohlwollen der Oeffentlichkeit abhängt. Da von der Bevölkerung selbst direkte freiwillige Einsätze verlangt werden, ist es nötig, dass in einem bedeutenden Umfang Aufklärung und Propaganda über die Ziele und Mittel der Zivilverteidigung betrieben werden.